

PRESSEMITTEILUNG

DJV fordert Erhalt der Pressefusionskontrolle

Berlin, 9.07.2009 – Die Pressefusionskontrolle soll in ihrer bestehenden Form erhalten bleiben. Sie hat sich aus Sicht des Deutschen Journalisten-Verbandes als wirksames Instrument zur Verhinderung von Meinungsmonopolen in Deutschland bewährt. Der vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger erhobenen Forderung nach Erhöhung der so genannten Aufgreifschwelle von 25 auf 100 Millionen Euro erteilte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken eine klare Absage: „Es ist richtig, dass ohne die Zustimmung des Bundeskartellamtes geplante Fusionen oder Übernahmen von Verlagen oberhalb von 25 Millionen Euro Umsatz nicht möglich sind.“ Auch die engen Grenzen des Pressefusionsrechts zu Nachbarverlagen dürften nicht aufgeweicht werden, forderte der DJV-Vorsitzende.

Es sei sowohl für die redaktionellen Arbeitsplätze als auch für Medienvielfalt möglicherweise fatal, wenn das Pressefusionsrecht im Sinne der Verleger gelockert werde. „Die aktuelle Wirtschaftskrise darf nicht zu Konzentrationen auf dem Zeitungsmarkt führen“, sagte Konken. Wenn die Meinungsvielfalt als wichtiges Qualitätsmerkmal der deutschen Zeitungslandschaft Schaden nähme, hätte dies auch negative wirtschaftliche Auswirkungen für die einzelnen Zeitungstitel. „Die Verleger würden sich so einen Bären dienst erweisen.“

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Hendrik Zörner

Bei Rückfragen: Tel. 030/72 62 79 20, Fax 030/726 27 92 13
Sie finden unsere Pressemitteilung auch unter www.djv.de



PRESSEHAUS 2107
SCHIFFBAUERDAMM 40
10117 BERLIN
TEL: 030/72 62 79 20
TELEFAX 030/726 27 92 13
E-MAIL: DJV@DJV.DE
INTERNET: WWW.DJV.DE

